Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 17

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ders angetan. Er suchte nach modernen Methoden der Konterrevolution und unterstützt alles, was Aufweichung verspricht. So interessierte er sich auch stark für die Zeitschrift «Sinn und Form» und ihren Liberalismus. Ueber Jewtuschenko sagte Bucerius: «Jewtuschenkos Sprache ist unsere Sprache. Jewtuschenkos Kampf gegen den Stalinismus ist vergleichbar unserem Kampf um die Erhaltung der Demokratie». Nach dem Bericht der «Welt» folgte «Beifall, Austausch von Bruderküssen zwischen Jewtuschenko und Bucerius nach russischer Art.»

Wir wollen Jewtuschenko zugute halten, dass ihm die Rede Bucerius vielleicht nicht richtig übersetzt worden ist. Aber dass Bucerius sich überhaupt erlauben konnte, Jewtuschenko für das Bonner Schindludertreiben mit dem Wort Demokratie einzuspannen, ist schon schlimm genug ...

... Wir zweifeln nicht, dass Jewtuschenko die gute Absicht hatte, etwas für die friedliche Koexistenz zu tun. Sie ist das Grundprinzip unserer internationalen Politik und unserer Deutschlandpolitik. Sie bedeutet ein friedliches Verhältnis zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung. Müssen wir, um sie zu verwirklichen, vom Sozialismus, von unserer sozialistischen Ideologie etwas abstreichen? Das wäre der allerschlechteste Dienst für die friedliche Koexistenz. Schwach und lau werden hiesse den Gegner zum Angriff ermutigen. Um den Frieden und um den Sieg des Sozialismus im Frieden müssen wir mit dem imperialistischen Gegner ringen, auf ideologischem, auf politischem Feld, im ökonomischen Wettbewerb. Wir müssen Kommunisten sein durch und durch, wenn wir in den Wettkampf der friedlichen Koexistenz eintreten. Gibt es dabei für uns in der DDR eine Besonderheit, dann ist es diese: Wir müssen doppelt wachsam sein, doppelt fest in unserer politischen und ideologischen Haltung, weil wir in vorderster Front gegen den deutschen Imperialismus, seinem Druck und seiner Propaganda besonders ausgesetzt sind ..."

Kultur

Bulgarien

Die Schraube

Wie in der SBZ hat auch in Bulgarien mit seiner starken stalinistischen Erbschaft der neue sowjetische Kurs gegen jegliche Ausdrucksfreiheit in der Kunst sofortigen Widerhall in der Partei gefunden.

Parteichef Schiwkoff hat Ende April vor dem Zentralkomitee eindeutig Stellung gegen die «modernistischen» Strömungen von Kunst und Literatur Stellung genommen und die Jugend verdammt, die sich von westlichen Vorbildern beeinflussen lasse: «Zwischen uns und der kapitalistischen Welt kann es wirtschaftliche und kulturelle Kontakte geben. Ihre Natur muss aber sorgfältig umschrieben werden. Diese Kontakte können positive Aspekte haben. Sie dürfen aber nicht zu 'ungestümen Umarmungen' führen.»

Die Parteilinie war schon anlässlich der Jahresversammlung des bulgarischen Künstlerbundes vom 29. März in Sofia so deutlich wie möglich zum Ausdruck gekommen, wo das Hauptreferat den Ausführungen Chruschtschews zu diesem Thema gewidmet war. Im Zentrum stand das Zitat: «Nur die von kommunistischer Ideologie und Parteilichkeit, Volkstum und Realismus inspirierte Kunst kann dem Volke und der Partei als treuer Verbündeter im Kampfe für den Kommunismus dienen. Die ideenlose Kunst des Auslandes kann dem Sozialismus nicht nützen.»

Zwei Tage zuvor hatte in Sofia die «Mittwochkonferenz um den Redaktionstisch» des KP-Organs «Rabotnitschesko delo» stattgefunden. Die Ergebnisse fasste Slawoff Karaslawoff, der Generalsekretär des Bulgarischen Schriftstellerverbandes (und ZK-Mitglied) folgendermassen zusammen:

«Zwischen zwei feindlichen Ideologien kann es keine friedliche Koexistenz geben ... Es kann auch keine friedliche Koexistenz auf dem Gebiet der Literatur und Kunst geben, weil Literatur und Kunst ein Teil marxistisch-leninistischen Ideologie sind und sie ein integraler Teil der Sache des Volkes wurden ...

Man kann nicht behaupten, dass unsere Literatur und Kunst, die sich im Prinzip richtig entwickeln, gegen bestimmte ungesunde Einflüsse und Tendenzen gefeit wären. Natürlich werden die ungesunden Einflüsse und Tendenzen nicht laut, reklamenmässig und offen gezeigt, sondern sie schleichen sich still, unauffällig und oft unbewusst ein ... In unsere Literatur und Kunst drangen die verschiedensten Formen und Nuancen der dekadenten bourgeoisen Schulen und Strömungen ein. In vielen künstlerischen Arbeiten begann man, dem äusseren Effekt mehr Aufmerksamkeit zu widmen als dem Inhalt. Es erschienen nebulose Werke. Man begann, einen skeptischen Wind zu spüren. Betrachtungen durch schwarze Brillen begannen zu erscheinen. ... Unter der Fahne des Kampfes gegen den Persönlichkeitskult begann man, die enthusiastische Einstellung zu den historischen Errungenschaften auf allen Gebieten unseres Lebens, die unter der Führung unserer Partei erzielt wurden, zu verneinen. Die positive Einstellung zu unseren zahlreichen, ständig grösser werdenden Siegen begann man als ‚Schönfärberei' zu beurteilen. Die Lockerung der Disziplin, die Tatenlosigkeit gegenüber den ungesunden Einflüssen auf unsere Künstler führte praktisch zur Negierung der führenden Rolle der Partei auf dem Gebiet der Literatur und Kunst. Manche unserer Künstler begannen immer häufiger, sich statt auf die Beschlüsse der Partei und die Hinweise unserer Parteiführer auf die unrichtigen und falschen Standpunkte sogenannter ‚massgebendere Personen', Vertreter der Kunst und Literatur im Ausland, zu berufen.»

Auch die bulgarische Gesangskultur soll neu geformt werden. Verlangt wird jetzt von den Komponisten «Lieder für die Massen» und «Werke von sozial-orientiertem Charakter und ideologischem Gewicht». (Rabotnitschesko delo, Sofia)

Literatur

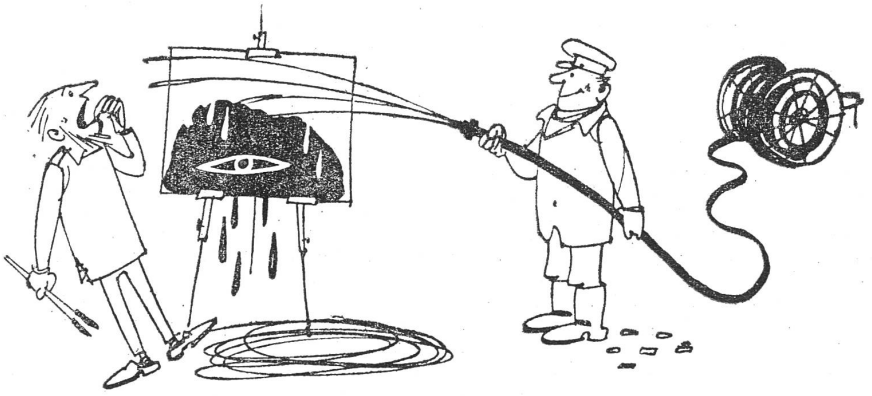
Ungarn

«Was die Physiker Dürrenmatts nicht können»

Unter diesem Titel hat das ungarische literarische Wochenblatt «Leben und Literatur» eine scharfe Kritik zum Stück von Friedrich Dürrenmatt veröffentlicht:

«Die Physiker», das ist ein typisches Werk Dürrenmatts. Haarsträubend unmöglich, aber in seiner inneren Logik tadellos. Sein Humor ist teuflisch und entsetzlich hoffnungslos. Seinem Eindruck kann man sich nicht entziehen, weil Dürrenmatt ein Hypnotiseur ist, der seine Leser nicht mehr mit alten und lächerlichen Methoden, — sondern mit 1000 Watt starken Lampen, mit gewissen Zauberworten von Vernunft, Logik und Intellekt fasziniert. Die Schlussfolgerung aus den «Physikern» ist endlos pessimistisch und deshalb antihumanistisch, weil Dürrenmatt letzten Endes die Wissenschaft, die Kernphysik für die Vernichtung von Menschen und Werten verantwortlich macht. Das Ganze ergibt ein unmögliches Resultat, denn wer könnte seiner Auffassung glauben, wonach die Atomphysiker, wenn sie sich nicht in ein Irrenhaus zurückziehen und sich zum Schweigen der Karthäuser verpflichten, niederträchtig wären. Nach dieser Logik hätte der erste Mensch getötet werden müssen, der das Feuer erfand. Aber die Wissenschaft kann man nicht so metaphysisch sortieren, weil ihre Entwicklung unteilbar ist, eine humanistische Kulturentwicklung.

Die Verantwortung der Wissenschafter und aller Menschen, die über ihre Nase hinaus sehen wollen, besteht nicht in Rückzug und kopfloser Flucht. Man kann sich nicht in einer inneren Emigration vor den neuen Fragen der Wissenschaft und vor der Verantwortung für den Mitmenschen zurückziehen. Vielleicht erschrak Einstein vor den Folgen seiner Erfindungen, aber er hat in einem Brief an Präsident Roosevelt ein schnelles Kriegsende gefordert. Joliot-Curie hat den aktiven Friedenskampf gewählt. Bertrand Russel vermittelte in der Kuba-Krise. Sie haben alle offensichtlich verstanden, dass man in dieser Frage nicht fliehen darf, sondern kämpfen muss!



Entschuldigung, Genosse Modernist, aber ich bin für Sauberkeit. («Trud», Sofia.)

Dürrenmatts Möbius lässt uns nicht nur kalt, sondern erweckt unsern Hass. Seine scheinheilige Selbstverteidigung, Mord und Flucht verhelfen endlich einer wahnsinnigen Irrenärztin zur Weltmacht. Die Menschen aber, die mit verantwortungsbewusster Logik und mit der Berufung eines Wissenschafters arbeiten, die haben sich nie so verhalten, sie haben nie so bedauernswert und irrsinnig gegen die Weltherrschaftspläne der «wahnsinnigen Aerzte» protestiert. Die letzte und grosse «wahnsinnige Irrenärztin» der Welt war Hitler. Aber er stand am Ende einer langen Reihe. Diese «wahnsinnigen Irrenärztinnen» haben immer Kräfte gefunden, die sie als Marionetten verwendeten. Besessene Schamane, Despoten, Kaiser begleiten die Geschichte. Wenn auch die Menschen solchen Herrschern gegenüber Niederlagen erleiden mussten, sind sie doch auf weite Sicht Sieger geblieben.

Diese Kräfte wussten immer, dass nur zwei Verhaltensformen existieren: Die eine ist Feigheit, Gemeinheit, Flucht, Rückzug; die andere ist der Kampf.

Im Vergleich zum Verhalten Galileis und der «Physiker» Dürrenmatts kann man den Unterschied noch besser realisieren. Galilei wählt die Möglichkeit eines ergebenen, aber schöpferischen Lebens. Giordano Bruno wählt lieber den Scheiterhaufen und nicht das Ergeben.

Sie wissen beide, was die «Physiker» von Dürrenmatt nicht wissen, dass man nicht schweigen und kapitulieren darf. Die Sünde der «Physiker» Dürrenmatts wird tendenziös; die Welt von heute wird *hier* hingegen nicht von «wahnsinnigen Irrenärztinnen» geleitet und ihr Einfluss und ihre Macht wird sich vielleicht auch dort vermindern. Dem Krieg — das glaubt krampfhaft jeder — kann man ausweichen, aber nicht mit schweigenden oder simulierenden, sondern mit lebensbejahenden und deswegen gegen die Wahnsinnigen kämpfenden Menschen.

Wirtschaft

Sowjetunion

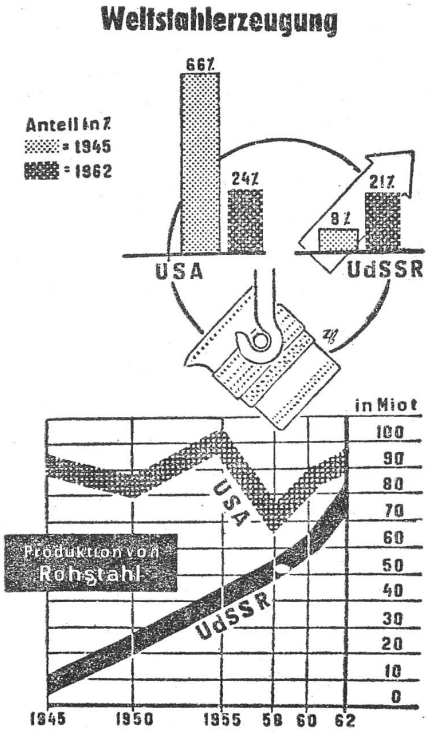
So oder so?

Zwei Bilder von der kommunistischen und insbesondere von der sowjetischen Wirtschaft beherrschen die Vorstellungen: Einmal das Bild vom aufstrebenden Giganten, dessen Produktion sowohl in absoluten Zahlen als auch im Vergleich zur übrigen Weltproduktion immer mächtiger wird. Dann das Bild einer bürokratisch überwucherten Organisation, die ständig ihre Pläne zurückstellen muss, verfehlt investiert, unrentabel produziert und riesige Mengen an Ausschusswaren erzeugt. Welches dieser Bilder ist richtig? Beide treffen zu!

Es wäre nicht nur falsch, sondern auch gefährlich, das Wachstum der sowjetischen Wirtschaftsmacht nicht sehen zu wollen, das sich auf ein riesiges Potential an Bodenschätzen, Energiequellen und Arbeitskräften stützt. Ein riesiger Apparat dient dem Zweck, den staatlichen Willen zur Machtvergrösserung durchzusetzen. Jedes Jahr bringt grössere Produktionsziffern an wichtigsten Gütern.

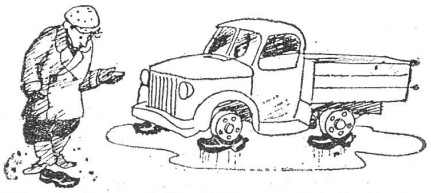
Anderseits trifft es zu, dass die Geschichte der Planwirtschaft eine Geschichte von Fehlschlägen ist. Gerade sind in der UdSSR die Berichte über die Planerfüllungen in verschiedenen Republiken den jeweiligen Zentralkomitees oder Parlamenten vorgelegt worden. Da erfährt man beispielsweise, dass in der USFSR nur einer von zehn Volkswirtschaftsräten (Sownarchosen) in den ersten drei Monaten plangemäss gearbeitet hat. Man erfährt, dass der Bau von nicht weniger als 382 Unternehmungen abgebrochen werden muss, weil die Mittel dafür abgezweigt werden sollen, anders aufzubauen, das sonst liegen bliebe. Die Bedienung der Bevölkerung ist schlecht: So gibt es für die Million Einwohner des Gebietes Kostrom eine einzige Reparaturwerkstatt für Kühlschränkte, Waschmaschinen und Staubsauger («Sowjetskaja Torgowla», 9. April). Die verschiedenen staatlichen Stellen geraten sich in die Quere: In Komsomolsk (200 000 Einwohner) etwa haben die Industriebetriebe der einzelnen Ministerien und Zentralstellen die Gemeindeeinrichtungen getrennt voneinander erstellt, so dass fünf Kanalisationssysteme und acht Wasserleitungssysteme nebeneinander bestehen (Ministerpräsident Woronow vor der RSFSR-Regierung, 4. April). In andern Republiken hört man von ähnlichen Versagern: In Kasachstan stehen insgesamt elf Wäschereien ebensovielen Einwohnern zur Verfügung («Ekonomitscheskaja Gasjeta», 6. April), in der Moldau wurden die Bauprojekte auf dem Land zu 74 Porzent (Produktionsobjekte) bis 36 Prozent (kulturelle Bauten «und andere») erfüllt (Beschluss des Obersten Sowjets der Moldau, 5. April). Andere Berichte beschäftigen sich mit den verrosteten Landwirtschaftsmaschinen auf den Feldern, mit den verderbenden Waren in den Güterbahnhöfen, mit Transportverschleiss, eingetrockneten Zementvorräten usw. Belege für Misswirtschaft sind aus den landeseigenen Quellen nahezu beliebig aufzufinden.

Wie lassen sich denn so entgegengesetzte Aspekte der Planwirtschaft miteinander vereinbaren?



Die eine Seite: Produktionszuwachs, wie er in der Stahlerzeugung besonders repräsentativ zum Ausdruck kommt. (Zeichnung «Junge Welt», 4. April.)

Nun, der Aufschwung der Wirtschaft geschieht auf Kosten der Wirtschaftlichkeit und auf Kosten der Bevölkerung. Zunächst werden schon die machtpolitisch wichtigen Wirtschaftszweige einseitig entwickelt (Schlüsselindustrie, Energieproduktion), während Konsumgütererzeugung oder Wohnbauten zurückbleiben. Die Lebensmittelerzeugung ist gemessen an den Möglichkeiten des Landes schlecht. Anderseits wird der riesige Staatsapparat, der für die Produktionsvermehrung nach machtpolitischen Gesichtspunkten eingesetzt wird, von der Bevölkerung getragen. Sie muss beispielsweise unter schlechten Bedingungen in Sibirien leben, um dort neue Bergwerke erschliessen zu können. Sie bezahlt unter anderm auch letzten Endes die Fehlentscheide der Bürokratie, das unzweckmässig verwendete Material usw. genau so, wie sie auch die Megatonnenversuche von Nowaja Semlja bezahlte. Die kommunistische Wirtschaft kann sich noch lange auf relativ unrentable Art ausbreiten, weil der Profit der Bevölkerung nur soweit berücksichtigt wird, als er arbeits- und produktionstechnisch von Vorteil ist.



Die andere Seite: Binnenwirtschaft im Dienste der Versorgung. Typisch ist dafür immer wieder der Zustand der Landwirtschaft mit dem ewigen Thema der Traktorpflege. Das fehlende Interesse des Einzelnen (sei es von Bauern aus, sei es vom Mechaniker aus) widerspiegelt sich in der Verlotterung des Maschinenparks.

Oben: Ersatzräder aus Galoschen. Unten: Reparaturversuch mit Fusstritt. (Beide Karikaturen aus «Ekonomitscheskaja Gasjeta».)

Partei

Tschechoslowakei

Stalinist im Schatten

Einer der berüchtigsten Stalinisten in der Tschechoslowakei ist in jüngster Zeit deutlich in den Hintergrund getreten.

Bei ihm handelt es sich um Karol Bacilek, Mitglied des Politbüros der KP der Tschechoslowakei und Erster Sekretär der nominell eigenständigen KP der Slowakei.

In den ersten Jahren nach der kommunistischen Machtergreifung machte er sich als Minister für Nationale Sicherheit ungewöhnlich verhasst. Jetzt nun ist Bacilek seit dem 14. März, als er an der Wahl der Mitglieder einer Volkskontrollkommission in einem chemischen Werk in Bratislawa (Press-

burg) teilnahm, in der Oeffentlichkeit nicht mehr in Erscheinung getreten.

Dieses fünfwöchige «Untertauchen» wäre indessen nicht sonderlich beachtenswert, wenn nicht gerade in diesem Zeitraum zwei Ereignisse von grosser Bedeutung und erheblichem Interesse über die Bühne gegangen wären.

Einmal handelt es sich um das Plenum des tschechoslowakischen ZK am 3. und 4. April und zum anderen um die Tagung des ZK der slowakischen KP am 8. April. In beiden Fällen bildeten nämlich Verstösse gegen parteiliche Grundsätze und gegen die sozialistische Gesetzlichkeit während der Epoche des Personenkults die Hauptpunkte der Tagesordnung.

Von der Sitzung des tschechoslowakischen ZK hiess es, dass Bacilek an ihr nicht teilgenommen habe. Auch vor dem slowakischen ZK erschien er nicht, obwohl gerade er als Erster ZK-Sekretär zu dieser komplizierten Frage hätte Stellung nehmen müssen. An seiner Stelle legte Alexander Dubcek, einer der Sekretäre des slowakischen ZK, den Bericht vor.

Bei der Tagung des slowakischen ZK war jedoch zweierlei besonders bemerkenswert, obwohl bislang nur wenig Einzelheiten über seinen Verlauf bekanntgeworden sind (was übrigens auch für das tschechoslowakische Plenum zutrifft).

Einmal befand sich unter den Teilnehmern nämlich der tschechoslowakische Staatspräsident Antonin Novotny, der zugleich Erster Sekretär der tschechoslowakischen KP ist. Es war überdies das erste Mal im Verlauf von mehr als drei Jahren, dass Novotny an einem Plenum der slowakischen KP teilgenommen hat.

Zum zweiten ist bemerkenswert, dass es in der kurzen Mitteilung, die von Radio Bratislawa (Pressburg) über das Plenum verbreitet wurde, hiess, Dubcek habe «das Plenum über die Schlussfolgerungen des Zentralkomitees der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei hinsichtlich von Verstössen gegen parteiliche Grundsätze und sozialistische Gesetzlichkeit in der Epoche des Personenkults unterrichtet» und dass das Plenum diesen Schlussfolgerungen «voll zugestimmt» habe.

Propaganda

China

Objekt Laos

Durch ein Abkommen mit der chinesischen staatlichen Nachrichtenagentur «Neues China» wird das Königreich Laos in Zukunft einen grossen Teil seiner Informationen aus kommunistischer Quelle erhalten. Das laotische Ministerium für Informationen, Propaganda und Tourismus, das innerhalb der bestehenden Koalitionsregierung von einem Anhänger der prokommunistischen Neo Lao Haksat geleitet wird, vereinbarte mit der rotchinesischen Agentur den kostenlosen Austausch von Nachrichten. Neben der kostenlosen Ueberlassung ihres Nachrichtenmaterials erklärte sich «Neues China» in dem Abkommen ausserdem bereit, die zum Empfang und zur Weiterverbreitung der Meldungen notwendigen Funkausrüstungen sowie chinesische Techniker zur Bedienung und Wartung der technischen Anlagen zur Verfügung zu stellen.

Mit diesen Vereinbarungen eröffnete der laotische Informationsminister Phoumi Vongvichit seinen chinesischen Gesinnungsfreunden die Möglichkeit intensiver Propaganda in Laos und im südostasiatischen Raum. Aus dem neutralen Laos werden in Zukunft die Nachrichten einer Agentur verbreitet werden, die nach offiziellen chinesischen Angaben «unter der direkten Leitung der Kommunistischen Partei Chinas arbeitet und das Gehör und die Stimme von Regierung und Volk (China) ist».

Sport

China

Maos Pingpong-Stil siegte

Die Pekinger «Volkszeitung», das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas, hat das Geheimnis der chinesischen Erfolge bei den Prager Tischtennis-Weltmeisterschaften entdeckt: Sie beruhten auf der richtigen Anwendung der politischen Lehren Mao Tse-tungs! Die Erringung des Weltmeistertitels der Herren und alle anderen Siege wurden möglich, weil die Vertreter Chinas Spieler waren, «die sich von Maos Denkweise leiten liessen, grossen Schwierigkeiten strategisch keine Beachtung zu schenken, den kleinen aber taktisch volle Aufmerksamkeit zu schenken. Ihren Gegnern traten sie in jeder Begegnung selbstbewusst und furchtlos gegenüber, widmeten dabei aber jedem Spiel, jedem Satz und sogar jedem Ball grosse Sorgfalt und volle Beachtung.» Wie in der Politik geht es also den chinesischen Genossen auch im Sport nur um den Sieg um jeden Preis; auch hier wird im Interesse des Ziels die völlige Missachtung der eigenen Schwierigkeiten, wie auf der politischen Ebene die Missachtung der Opfer, gefordert.

Politik

Tibet

Wahlvorbereitungen

Dreizehn Jahre nach der Annexion ihres Landes durch Rotchina dürfen die Einwohner Tibets zum erstenmal «Volkskongresse» nach rotchinesischem Muster wählen. Die Wahlordnung wurde «in Uebereinstimmung mit der Verfassung und dem Wahlgesetz der Volksrepublik China und unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Autonomen Region Tibet» in Peking verfasst und verabschiedet. Nach dieser Wahlordnung gilt angeblich das allgemeine Wahlrecht für alle in Tibet lebenden Bürger der Volksrepublik China, ungeachtet ihrer Nationalität, Rasse, sozialen Herkunft, Bildung oder ihres Geschlechts, Glaubens, Berufes oder Besitzes. Allerdings schränkt die Wahlordnung die Gleichheit sofort wieder ein, indem sie «Rebellen, Gegenrevolutionäre und alle anderen, denen die politischen Rechte entzogen worden sind», vom Wahlgang ausschliesst. Dagegen kann jeder chinesische Besatzungssoldat, jeder chinesische Verwaltungsbeamte und jeder chinesische Siedler an der Wahl teilnehmen, da für die Erlangung des Wahlrechts kein längerer Aufenthalt im Lande nachgewiesen werden muss. Schliesslich wird das ganze Wahlrecht illusorisch, wenn bereits in der Wahlordnung festgelegt wird, dass die Kandidaten ausschliesslich von der Kommunistischen Partei Chinas und von den kommunistisch gelenkten Massenorganisationen bestimmt werden.

Erziehung

Polen

Eigentumsbegriffe

Während die Kinder das Stehlen des Taschenmessers eines Mitschülers oder das Stehlen von Blumen in einem Privatgarten als unehrenhaft empfinden, nehmen sie «eine tolerantere Haltung» ein, wenn es sich darum handelt, im Bus kein Fahrgeld zu bezahlen, ohne Eintrittskarten ins Kino zu gehen, ihren eigenen Ball gegen einen besseren umzutauschen, der der Schule gehört, oder Blumen im öffentlichen Park zu stehlen.

«Man möchte fast annehmen», so schrieb das Blatt, «die Kinder seien sensitiver, wenn es sich um einen Diebstahl von Privateigentum handelt, als bei Diebstahl von öffentlichem Eigentum. Aber das ist natürlich das Ergebnis der Erziehung in der Familie.»

Die polnischen Schulkinder schätzen den Diebstahl von Privateigentum anders ein, als den Diebstahl von öffentlichem Eigentum.

Dies ging aus einer Umfrage hervor, die unter 2000 Schülern der sechsten Klasse der Volksschule veranstaltet wurde. Die Tageszeitung der polnischen KP, «*Trybuna Ludu*», bemerkte dazu, diese Tatsache «sollte allen Lehrern und Erziehungsberechtigten Grund zum Nachdenken geben.»

Staat

SBZ

54 ehemalige Nazis im Parlament

Zu Beginn der 26. Tagung der sowjetzonalen Volkskammer am 17. April wurden vom Präsidenten Dieckmann einige infolge Ablebens oder sonstigen Ausscheidens notwendig gewordene Mandatsänderungen bekanntgegeben. Unter den neuen Abgeordneten befinden sich vier ehemalige Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, so dass sich damit die Zahl der Ex-Nazis in der Volkskammer auf 54 erhöht. Die NDP-Fraktion liess für den verstorbenen Abgeordneten Masseck, der ebenfalls der NSDAP angehört hatte, diesmal mit dem Vorsitzenden der Handwerker-Produktionsgenossenschaft «Feldatal» in Dermbach (Rhön), dem Malermeister Richard Schwarz, sogar einen alten Kämpfer nachrücken, der bereits am 1. Juli 1931 der Nazi-Partei beigetreten war; der Eintritt in die SA erfolgte um die gleiche Zeit.

Der Cottbusser Kreisarzt, Dr. Martin Wenzke, wurde zwar erst am 1. Mai 1933 in die NSDAP aufgenommen, bei seiner langjährigen Zugehörigkeit zum im gleichen Geiste arbeitenden «Schutz- und Trutzbund» kann man auch ihn zu den alten Kämpfern zählen; in der SA brachte er es bis zum Sanitäts-Hauptsturmführer.

Die beiden übrigen neuen NS-Abgeordneten der Volkskammer sind der Direktor der Betriebsberufsschule der HO-Kreisbetriebe Mühlhausen, Willi Franke, Parteieintritt: 1. Mai 1937, und der SED-Parteisekretär im VEB Büromaschinenwerk Sömmerda, Fritz Karguth, Parteieintritt: 20. April 1943.

Touristik

Polen

Die «Polonia»-Reisen

Die polnischen Anstrengungen um den Kontakt mit der Emigration (siehe Untersuchung KB, Nr. 14) gehen über die «Polonia»-Organisationen verstärkt weiter. Einen Hinweis darauf gibt etwa auch der Bericht über den Polonia-Tourismus. («7 dni w Polsce».)

Der Klub für Poloniafragen bei der Vereinigung Polnischer Journalisten organisierte vor kurzem eine Konferenz über die Vorbereitungen zur neuen Touristensaison und über die Teilnahme der Polonia-organisationen an touristischen Reisen nach Polen. — Letztes Jahr organisierte das Reisebüro «CRBIS» 84 Kollektivausflüge mit mehr als 3300 Touristen (im Jahr 1961 waren es erst 51 mit 1040 Touristen). Letztes Jahr besuchten Polen zum ersten Male auch Angehörige der australischen Polonia, und zum ersten Male sah man in den Polonia-Gruppen auch eine grössere Anzahl von jungen Polen (die schon im Ausland geboren sind).

An der erwähnten Konferenz wurde darauf hingewiesen, dass die hohen Kosten die Entwicklung des Polonia-Tourismus erschweren. Der Flug New-York-Warschau-retour kostet 400 Dollar. Die Preise für die Fahrkarten aus den westeuropäischen Ländern werden hingegen um 30 bis 37,5 Prozent herabgesetzt.

Jetzt kommen sie in Gruppen

Von Zeit zu Zeit berichtet die Tagespresse über Asylgesuche sowjetischer Bürger in den Ländern der Freien Welt. Manchmal berichtet auch die sowjetische Presse über die Versuche der Sowjetbürger ihr Land illegal zu verlassen. In solchen Fällen schreibt man von Agenten und Spionen einer Westmacht, die mit Kurzwellensendern und mit vollständiger Ausrüstung der Spione in den Sandwüsten Mittelasiens oder auf unwegsamen Gebirgspfaden im Südkaukasus die Grenzen der Sowjetunion zu überschreiten versuchen.

Wenn man berücksichtigt, dass die Grenzen der Sowjetunion scharf bewacht werden und dass die meisten Nachbarn zum «sozialistischen Lager» gehören, wird es klar, dass als einzige reelle Möglichkeit für einen Sowjetbürger sein Land zu verlassen eine legale Reise in den Westen in Frage kommt.

Die Erfahrung zeigt, dass auch in den Zeiten des grössten Touristenstromes aus der Sowjetunion in den Jahren 1958-1960, die Zahl der Flüchtlinge relativ klein war. Neben verschiedenen psychologischen (eine stark ausgeprägte Heimatliebe) und materiellen (nur beschränkte Arbeitsmöglichkeiten im Westen wegen Sprachenunkenntnis) Gründen, neben der Rücksichtnahme auf die Familienangehörigen (Verfolgung der Zurückgebliebenen) spielte im Falle der Touristen auch die direkte (politische Zuverlässigkeit) und indirekte Auswahl (einen wochenlangen Aufenthalt im Westen können sich nur sehr gut materiell gestellte Sowjetbürger leisten) eine grosse, wenn nicht entscheidende Rolle.

Gleichzeitig stellt man bei näherer Untersuchung fest, dass die Zahl der Flüchtlinge unter den Sowjetbürgern, die aus beruflichen Gründen im Westen weilen, am grössten ist. Dies ist durchaus begreiflich, wenn man bedenkt, dass Fachleute, Wissenschaftler, Seeleute, Techniker in den Entwicklungsländern usw. in erster Linie fachliche und sprachliche Bedingungen erfüllen müssen und dass ihre eventuelle politische Unzuverlässigkeit dabei in Kauf genommen werden muss, bzw., dass sie nicht so gründlich geprüft werden. Dies umsomehr, als z. B. die Seeleute und die Techniker in den Entwicklungsländern in einem von der Umwelt abgeriegelten «Kollektiv der Sowjetbürger», also unter ständiger Aufsicht leben. Es zeigt sich aber, dass eine vollständige Isolierung der Sowjetbürger von der einheimischen Bevölkerung der Freien Länder nicht möglich ist und dass gerade infolge des näheren Kontaktes mit der Bevölkerung sich schon mancher Sowjetbürger zum «Abspringen» entschlossen hat.

Die Zahl der sowjetischen Flüchtlinge ist bedeutend grösser, als man allgemein annimmt, weil in sehr vielen Fällen aus Gründen der persönlichen Sicherheit und aus Rücksicht auf die Verwandten in der Sowjetunion, solche Fälle der Presse gar nicht bekanntgegeben werden.

Einen typischen Fall stellt in diesem Sinn die Flucht des Dolmetschers N. M. von der sowjetischen Militärmission (militärische Instruktoren) in Guinea dar. Um seine Spuren zu verwischen, flog er zunächst legal (Ferienreise) nach Frankreich und wollte dort «untertauchen». Als er aber trotz seiner Vorsichtsmassnahmen von französischen Journalisten besucht wurde, gab er an, sich im Urlaub zu befinden und an ein Asylgesuch gar nicht zu denken. Als dann die Press das Interesse an ihm verlor, tauchte er unter, bekam Asylrecht und arbeitet jetzt in einer französischen Stadt.

Es ist auch öfters vorgekommen, dass Sowjetbürger Selbstmord durch Ertrinken vorgetäuscht haben, um keine Unterlagen den sowjetischen Sicherheitsbehörden bei der Verfolgung der Angehörigen zu liefern. Dieser Tage berichtete die Presse über das Asylgesuch des jungen talentierten sowjetischen Pianisten Askenasy in England, wobei sehr auffällig die nicht politischen Gründe der Weigerung zur Rückkehr betont wurden. Auch das kann eine Art Täuschungsmanöver sein, bei dem alle Beteiligten und daran Interessierten genau wissen um was es geht, dank dem aber die sowjetischen Sicherheitsorgane keinen einwandfreien Beweis des «politischen Verrates» in den Händen haben.

Seit einiger Zeit macht sich bei der Flucht sowjetischer Bürger eine neue Tendenz bemerkbar, nämlich die gruppenweisen Uebertritte. Aus diplomatischen Kreisen auf Kuba wird berichtet, dass kürzlich eine Gruppe von 14 sowjetischen Militärpersonen in die Berge zu den Anticastro-Partisanen flüchtete und dass eine andere Gruppe von 5 sowjetischen technischen Instruktoren in den amerikanischen Militärstützpunkt Guantanamo flüchtete.

Recht zahlreich sind auch die Absprünge der sowjetischen Fachleute in den asiatischen und afrikanischen Ländern. So wählte z. B. im Dezember 1962 eine Gruppe von 10 sowjetischen Technikern mit ihren Ehefrauen in Guinea die Freiheit. Nach der Flucht dieser Gruppe und nach ihrem Abtransport nach den USA wurden von der Leitung der sowjetischen Kolonie in Guinea, die etwa 1000 Personen zählt, verschärfte Massnahmen getroffen: den Sowjetbürgern wurde jeder ausserdienstliche Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung verboten, sie dürfen sich nach 23 Uhr nicht in den Strassen von Konakri zeigen, sie dürfen keine guineischen Geschäfte besuchen, beim Verlassen ihrer Gemeinschaftswohnungen müssen sie den Grund ihres Ausganges genau angeben, bei nicht zu vermeidenden Gesprächen mit Ausländern oder Einwohnern Guineas dürfen auf keinen Fall politische Fragen diskutiert werden.

Diese Massnahmen und die Briefe der geflüchteten Techniker führten dazu, dass kürzlich noch eine Gruppe sowjetischer Techniker die Regierung Guineas um Asylrecht ersuchte.

Gerade in den Entwicklungsländern hat die Sowjetregierung in letzter Zeit «Pech» mit ihren Bürgern: Ausser den genannten Fällen kann noch auf die Flucht des jungen Seemanns Vladimir Tarasov in Indien und auf die Flucht der Lehrerin der sowjetischen Kolonie in Guinea Svetlana Jusupova hingewiesen werden. Dabei sind diese «Absprünge» in den Entwicklungsländern für die sowjetischen Behörden besonders peinlich, einerseits weil dies der grossaufgezogenen Propaganda in diesen Ländern über die Vorzüge des Kommunismus widerspricht und anderseits, weil in diesen Fällen die Flucht der Sowjetbürger nicht durch die zersetzende Wirkung der kapitalistischen Umgebung und die Tätigkeit der imperialistischen Agenten erklärt werden kann.

G B.

EXPOSITION AMERICAINE

Conakry du 5 au 19 Mai 1963

Einen gewissen sowjetischen Rückschlag in Afrika lässt etwa dieses Inserat der Zeitung «Horoya» für eine amerikanische Ausstellung in Conakry ersehen. Noch vor sechs Monaten wäre es in der Presse Guineas kaum denkbar gewesen. Aber gerade dort war die kommunistische Wühlarbeit auch gegen den «befreundeten» Staat vor einem Jahr plötzlich offensichtlich geworden. Seither sind noch einige Skandale dazugekommen. Absprünge waren zu verzeichnen. Sékou Touré ist vorsichtiger geworden und vermeidet jetzt offensichtlich, die Brücken zum Westen (die er schon für Kredite braucht) völlig abzureissen. Nach wie vor ist freilich sein Regime kommunistisch beeinflusst.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

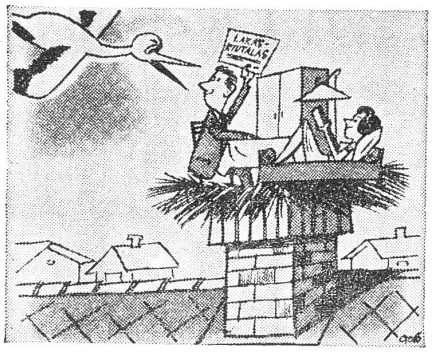
Bern, 1. Mai 1963

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

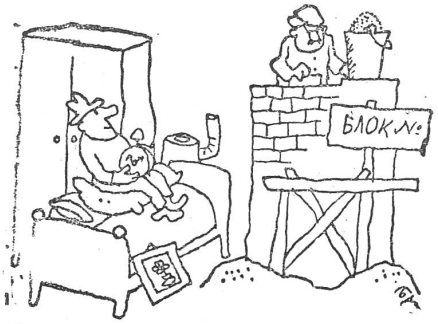
Wohnfreuden

Wir sind es gewohnt, zur Zeit der Termine für Wohnungsbezug allerhand Witze über das ergiebige Thema zu vernehmen. Im Ostblock, wo der Staat in dieser oder jener Form die Zuteilung an Wohnraum übernimmt, ist das Thema noch unangenehmer. In der Sowjetunion beispielsweise, wo der Einwohner Anspruch auf 9 Quadratmeter Wohnfläche (einschliesslich Küche usw.) hätte, kann ihm in den Städten selbst das nicht bewilligt werden, weil einfach der Raum nicht vorhanden ist. In den polnischen und ungarischen Grossstädten nimmt die Wohnungsnot oft noch grassierendere Formen an, so dass zum Beispiel geschiedene Eheleute noch längere Zeit die gleiche Wohnung benützen müssen. Der Neubau hält mit der Nachfrage immer noch nicht Schritt, da die Errichtung von Wohngelegenheit im staatlichen Wirtschaftsplan keineswegs Vorzugsstellung besitzt. Allerdings gehört zu den neuesten jowjetischen Anstrengungen auf diesem Gebiet auch die Expropriierung von Privathäusern höherer Parteifunktionäre oder Militärs. In Lemberg beispielsweise wurde die Villa eines höheren Offiziers kürzlich entschädigungslos enteignet, und ähnliche Massnahmen betrafen auch andere Angehörige der «neuen Klasse» («Trud», Moskau, 11. April). Unsere Karikaturen beschäftigen sich dagegen mit normaleren Fällen des Wohnungsbezuges.

Das Protokoll über Wohnungsübergabe in tadellosem Zustand wird unterzeichnet. («Komsomolskaja Prawda», 20. April.) Der staatliche Baubetrieb übergibt in der Sowjetunion das betreffende Wohnhaus schlüsselfertig dem Besteller (normalerweise die Abteilung für Wohnwirtschaft des Lokalsowjets). Dieser hat das Objekt zu inspizieren, worauf ein Uebergabeprotokoll angefertigt und unterzeichnet wird. Auf diese Regelung nimmt die Zeichnung der sowjetischen Jugendzeitung Bezug.



Storch zu den Neumietern: Halt, die Wohnung ist für mich. («Ludas Matyi», Budapest, 18. April.)



Mieter und Maurer. («Starschel», Sofia».)

Curriculum der Woche

KAROL BACILEK

Politbüro-Mitglied der tschechoslowakischen KP, Erster Sekretär der Slowakischen Kommunistischen Partei.

Geboren am 2. Oktober 1896 in einem böhmischen Dorf, das damals zu Oesterreich-Ungarn gehörte. Nach Besuch der Primarschule Lehre als Schmied, dann Metallarbeiter in Prag.

Im ersten Weltkrieg auf österreichischer Seite an der italienischen Front. Zeitweise wegen politischer Aufwiegelung verhaftet. Nach Kriegsende Dienst in der neuen tschechoslowakischen Armee, dann Eisenbahnarbeiter in der Slowakei. Wird wegen kommunistischer Aktivität entlassen und lebt dann als Strassenverkäufer.

Bacilek wird 1919 Gründungsmitglied der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (KPC). Ab 1930 amtet er als Parteisekretär in der Slowakei. 1930 bis 1935 Studium an der Parteihochschule Lenin in Moskau. Wird nach seiner Rückkehr verschiedentlich festgenommen und zieht 1939 wieder in die UdSSR. 1944 Rückkehr in die CSSR, Teilnahme am nationalen Aufstand von 1944. Nimmt in der Folge leitende Stellungen in der slowakischen KP ein. Ab 1949 Zentralkomitee-Mitglied sowohl der slowakischen als auch der tschechoslowakischen KP. Im gleichen Jahr wird er slowakischer Transport-Kommissar und ein Jahr später Informationskommissar. Nach einer Säuberungsperiode gegen «bourgeoise slowakische Nationalisten» zu Beginn des Jahres 1951 kehrt Bacilek wieder zu Regierungsposten zurück. Er ist vom September 1951 bis Januar 1952 Minister für Staatskontrolle, dann Minister für Staatssicherheit bis September 1953. In diesen Jahren avanciert er zum Armeegeneral, ist für kurze Zeit Vizeministerpräsident und spielt eine bedeutende Rolle im Prozess gegen Rudolf Slansky (November 1952).

Im September 1953 wird er von seinen Regierungsposten entlassen und kehrt als erster KP-Sekretär in die Slowakei zurück.

Obwohl ausgesprochener Stalinist, konnte Bacilek seine Parteistellung bis in die jüngste Zeit hinein halten, wobei ihm seine Beziehungen zum Parteichef Novotny zustatten kamen. Seine Abhängigkeit von Prag haben ihn anscheinend auch in der slowakischen KP sehr unpopulär gemacht. Die jetzige Kaltstellung des nunmehr 66jährigen scheint definitiv zu sein.

Der Schnappschuss

Nach der polnischen Abwertung des Zloty gegenüber andern Ostblockvaluten, ist nun in Rumänien ein neuer Wechselkurs eingeführt worden. Nur ist dort der Lei bloss in einigen Fällen abgewertet worden, andern Währungen gegenüber aber aufgewertet worden. Das betrifft insbesondere den sowjetischen Rubel. Der neue Wechselverkehr mit den andern kommunistischen Staaten gilt nur für den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr. Betroffen werden insbesondere die Lebenskosten von Studierenden und Touristen im Ausland.

Dialektik der Woche

In ihren Parolen zum 1. Mai besinnen sich die kommunistischen Länder in besonderem Masse wieder auf ihren selbstverliehenen Titel als «Arbeiterstaaten». Auf die materiell schlechtere Lage der Arbeiter in der kommunistischen Welt (Sowjetunion Minimallohn 45 Rubel = 90 Franken Kaufkraft, Facharbeiterlohn 80 bis 100 Rubel plus Sozialleistungen) wurde schon mehrfach hingewiesen.

Wie aber steht es mit der staatlichen Vertretung der Arbeiter im Arbeiterstaat? Sie ist dürftig. Die zwei Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR und die Parlamente der 15 Sowjetrepubliken zählen insgesamt 7204 Abgeordnete. Von ihnen werden lediglich 986 als Arbeiter ausgewiesen, wozu noch 378 Parlamentarier als Brigadeleiter oder Instruktoren figurieren, die keine körperliche Arbeit leisten. Den Grossteil der Sitze belegen die Repräsentanten der neuen Klasse, die Partei- und Staatsfunktionäre, die Militärs, Direktoren, Pädagogen, Wissenschaftler usw. Auffallend ist ferner, dass im Unterschied zu den übrigen Abgeordneten die Mehrzahl der Arbeiter in den Parlamenten aus Parteilosen besteht (Kirgistan 16 von 23, das Gesamtverhältnis in der UdSSR ist nicht bekannt, dürfte aber nicht wesentlich abweichen). Da jede reale Macht innerhalb der KP ausgeübt wird (sie ist ja auch offiziell «leitender Kern von Staat und Gesellschaft»), haben also die Arbeiter noch weniger zu sagen.

In den Volksdemokratien sind die parlamentarischen Sitze des «Arbeiterstaates» noch unrepräsentativer verteilt. In den letzten ungarischen Wahlen vom Februar dieses Jahres wurden 340 Abgeordnete gewählt. Davon sind 7 (sieben) Arbeiter (plus acht Brigadeleiter).